

# Gürtel der Volksbote.

## Organ für die Interessen der berthätigen Bevölkerung.

Hausnummer Nr. 426;

Zeitung der Allgemeinen Gewerkschaftsverbande „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 226

Der „Gürtel der Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Feiertagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Grabenstrasse Nr. 59/60, auf die Post zu beföhren. — Preis vierthalb Pfennig Mr. 1.50. Sonntags 55 Pf. — Schreibmaschine Nr. 1000 Mr., letzter Nachtrag.

Die Auszugsgebühr beträgt für die übergeordneten Betriebe oder deren Namen 15 Pf., für Verhandlungen, Arbeit- und Kaufmännische Gelehrte nur 10 Pf., auswärtige Untergesetz 20 Pf. — Zeitschriften für die nächste Nummer müssen bis zum Samstag, größtens jedoch vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 41.

Freitag, den 17. Februar 1905

12. Jahrg.

Preis eine Zeitung.

### An die Bürgerschaft!

Der Generalstreik der Ruhrbergleute ist durch Beschluss der Essener Bürgerschaft abgebrochen worden, gegen bestimmen, teilweise leidenschaftlichen Widerspruch der Kämpfer. Wir waren auf den Widerstand gefaßt, wenn wir auch nicht glaubten, daß sich an einigen Orten die Erregung über den Kampfabbau so leidenschaftlich äußern würde. Jedoch, die Proteste gegen den Kampfabbau beweisen jedenfalls, daß die Bergarbeiter keine geschlagene, kampfesunlustige Arbeiterarmee gegen sich haben, sondern daß, wenn der Aufruf zur Wiederaufnahme des Kampfes erfordert, die Bergleute wieder einmalig auf den Plan treten. Die Ruhrbergleute sind nicht besiegt, sondern sind bereit, wenn nötig, aufs neue den Generalstreik zu beginnen.

Wir wünschen, daß dies nicht nötig ist, da uns wohl bekannt ist, wie schwer die Kunden sind, die ein großer Streik dem Gemeinwesen schlägt. Die ganze Volkswirtschaft kommt brach zu liegen, nicht nur die Streikenden, sondern viele Gehauende Handwerker, Kaufleute und Kaufwirte müssen ganz oder größtenteils auf ihre Einnahmen verzichten. Bankrott und Verarmung drohen überall, schließlich legt ein lange dauernder Bergarbeiterstreik auch die sämtlichen Fabriken lahm, kostet weitere Hunderttausend erwerbslose Arbeiter. Auch mit Rücksicht auf das Allgemeinwohl haben wir den Streik abgebrochen und in der Hoffnung, die Regierung wird durch das angelündigte Gesetz den Beschwerden der Bergleute gründlich Rechnung tragen. Wenn das jetzt wieder nicht geschieht, wäre das Vertrauen zu Regierungsversprechungen im Volke total zerstört. Wir bitten die ganze Bürgerschaft, mit ihrer Sympathie auf der Seite der Bergleute zu stehen, so daß die Regierung auch sieht, daß die so starke östentliche Meinung nunmehr energische Gesetze für den Bergarbeiterkampf verlangt. Alle Volksfreunde rufen wir auf, nach dieser Richtung zu wirken, damit ein neuer gewaltiger Streik uns erwartet bleibt.

Unmittelbar ist der Streik abgebrochen worden, weil trotz großer Opferwilligkeit besonders der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und der Bürgerschaft lange nicht die Mittel aufgebracht wurden, die nötig sind, um 200 000 Streikende nebst Familien zu unterstützen. Wir konnten das Geld in den Arbeitsfamilien nicht noch größer anwachsen lassen, zumal wir einsahen, daß nicht rechtzeitig genug Hilfsmittel einkamen. Man kann leicht sagen: es muß weitergestreikt werden, aber wenn die Führung einsieht, daß der Hunger doch bald Tausende zur Füße treiben muß, dann ist es Pflicht der Führer, rechtzeitig ein Ende zu machen, es schwer es auch fällt. Und es ist nun allen jämmer geworden! Unser gerechter Gott trieb uns zum Weiterstreiken, aber die häule Kunst riet uns ab. Das werden auch bald alle Kameraden als völlig richtig erkennen.

Nun die Arbeit wieder aufgenommen, können aus technischen Gründen zunächst viele Tausende Bergleute noch nicht ansfahren. Wie viele davon gemäßregelt sind, steht noch nicht fest, aber die Zahl ist nicht gering. Die betreffenden Bergbehörden glauben „edel“ zu handeln, wenn sie vorsichtig Familienväter auf die Straße setzen. Hätte sich der Streik noch länger hingezogen, dann war die Zahl der Gemäßregelten noch größer, denn der Bergbauökologische Verein erklärte immer wieder, nicht mit uns zu verhandeln. Man sieht, soweit ist es schon gekommen, daß ein paar Dutzend Millionäre über das Wohl und Wehe unseres Volkes entscheiden.

Da die Bürgerschaft uns während des großen Kampfes zur Seite stand, hoffen wir, daß sie die notleidenden Bergarbeiterfamilien weiter unterstützen. Gernächt bedürfen die Tausende noch nicht Angetreter dringend der Giftzettel, da sie völlig mittellos sind, dann aber erhalten die Wiederangefahrenen erst nach Wochen den ersten Lohn. Sie bedürfen daher des weitgehendsten Kredits von der Geschäftswelt. Zur Untersuchung der Gemäßregelten sind noch wochenlang benötigte Summen nötig, die von den Organisationen allein nicht so schnell aufgebracht werden können. Daraum bitten wir alle Wohlmeinenden, mit ihren Sammlungen gütig fortfahren zu wollen. Geldes und etwaige Naturalieferungen auch ferner an unsere Zentral-Sammelstellen gelangen zu lassen. Zur Entgegnahme von Gaben halten sich stets bereit die Hauptkassen der Paul Horn, Bochum, Wiemelhäuser Straße Nr. 40 (Verband) und J. Fahrnerbrück, Altenessen, Karlstraße 152 1/2 (Gewerbeverein). Wir bitten alle freundlichen Geber, den Notleidenden zu springen; auch die kleinste Gabe ist willkommen.

Für alle uns gespendete Hilfe sagen wir den Geben im Namen unserer Kameraden herzlichen Dank und sind

sicher, die Bergleute werden die Hilfsreichen nicht vergessen, wenn die Zeit der Not vorüber ist.

Mit bergmännischem Glück auf!

Die Siebenster-Kommission.  
Effert, Kühne, Sachse, Hansmann.  
Regulat. Corpus. Hammacher.

### Rußland und Japan.

Die Friedensgerüchte tauchen immer bestimmt auf. Nunmehr teilt die „Boss. Ztg.“ aus der „Neuen gesellschaftlichen Korrespondenz“ mit, daß man in militärischen Kreisen Berlins überzeugt sei, daß Prinz Friedrich Leopold von Preußen, der sich auf den Friedensschluß begibt, wahrscheinlich vom Kriege nichts mehr zu sehen bekommt. Man glaubt, sichere Anzeichen zu haben, daß der Friedensschluß unmittelbar bevorsteht, und daß England hierbei den Vermittler spielen wird. (?)

Nach den Berichten der im Gefolge Europatiks befindlichen deutschen Offiziere soll der Oberbefehlshaber der russischen Streitmacht es offen ausgesprochen und auch noch Petersburg gemeldet haben, die japanische Armee sei, wie die Verhältnisse liegen, für die russische Armee unbesiegbar, weil es unmöglich sei, soviel Truppen in der Mandchurie zu versorgen, wie dazu erforderlich sein würden. Unter diesen Umständen sei damit zu rechnen, daß der Friede in unmittelbarer Zukunft, ohne die Einmischung anderer Großmächte, als England, über Nacht verkündet würde. — Bestätigung bleibt abzuwarten!

Die Operationen am Schaho haben jetzt wieder einen etwas lebhafteren Charakter angenommen, ohne aber an der Gesamtlage etwas zu ändern. Ein Telegramm des Generals Sjacharow an den russischen Generalstab berichtet: Am Montag früh wurde eine Abteilung unserer Jäger bei Nanchinpu südwestlich von Wancapao von drei japanischen Kompanien angegriffen. Die Letzteren wurden nach erbittertem Kampfe zurückgeschlagen und ließen eine große Anzahl Toten sowie Waffen und Munition auf dem Schlachtfelde zurück. Auf russischer Seite wurde ein Offizier leicht verwundet.

Am 11. d. Ms. machten die Japaner im Zentrum einen Angriff auf einen von russischen Jägern besetzten Wald, wurden aber zurückgeschlagen. Während dieser Kämpfer also einzelne Erfolge der Russen registriert, bringt ein Bericht aus japanischer Quelle Mitteilungen über Erfolge, die für die Japaner günstig verlaufen. Aus dem japanischen Hauptquartier wird gemeldet: Die Russen haben Wajtsochan zweimal bombardiert und angegriffen, wurden aber zurückgeworfen. Sonntag griffen Abteilungen russischer Infanterie Lepotai und Hanstantai an; sie wurden Montag zurückgeschlagen. Die Russen fahren fort, die Umgegend von Heiloutai zu verschonen.

Die Tokio eingegangene Berichte aus Kiautschou geben an, daß die ganze russische Streitmacht zwischen dem Schaho und Charbin 45 000 Mann beträgt, von denen 280 000 Mann in der Gesichtslinie stehen. Die russischen Verluste bei Heiloutai werden jetzt auf 25 000 Mann geschätzt.

Der Zar hat zur Organisation der Verteidigung Bladiswofots den General Abaza mit außerordentlichen Vollmachten ausgerüstet dorthin abgesandt.

Die englischen Dampfer „Apollo“ und „Scotsman“, nach Bladiswofot bestimmt, wurden bei See von den Japanern aufgebracht. „Apollo“ hatte Cardisslooten, „Scotsman“ Lebensmittel an Bord.

### Politische Standpunkte.

Deutschland.

Nach dem Kampfe. In Versammlungen, welche in Essen stattfanden, wurde mitgeteilt, daß auf dem Bureau des Bergarbeiterverbandes in Bochum mit dem Abschluß des Streiks, also innerhalb 4 Wochen rund 1 Million Mark entlasten, während auf dem Bureau des christlichen Gewerbevereins in Altenessen nur 172 000 Mark eingegangen waren. Während das sozialdemokratische Berlin bis jetzt allein über 200 000 Mr. aufbrachte, haben die gesamten bürgerlichen Parteien mit ihren millionenreichen Parteianhängern es nicht vermocht, ihre Sympathie für die Streikenden über einen reichen Vorwurf und eine jämmerliche finanzielle Unterstützung hinzu zu beweisen. Mit Parteiflaschen unter der Überschrift „Was hat das Zentrum für die Bergarbeiter getan?“ hat zwar die Zentralpresse nicht gelöst, dem gegenüber steht aber die Tatsache, daß die „Essener Volkszeitung“ mit ihren 46 500 Abonnenten nur 7645,55 Mark für die Streikenden aufbrachte, einschließlich der von dem Berlage der „Essener Volkszeitung“ selbst gespendeten 1000 Mr., die der Kellame wegen zweimal im Felddruck öffentlich qualifiziert wurden. Da

die Eigenkosten der „Essener Volkszeitung“ 150 000 Mark jährlich in Eingewinn versteuern, die ihnen fast nur von Arbeitern eingebracht werden, so läßt sich daran und an der reklamehaften Ausnutzung der Spende ermessen, welche Motive die Spender leiteten, insbesondere da auch Kardinal-Erzbischof Tisser 1000 Mr. bereits gespendet hat. Ja schärfster Weise sind unsere Redner alsbald den Geächteten entgegentreten, die darauf hinauslaufen, die Siebenster-Kommission als gekauft zu verächtigen; es wurde betont, daß lediglich der mangelfaßte Unterstützungsfaßt zu dem Entschluß gebracht hat, den Delegierten die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen, ehe etwa ein größerer Teil der Streikenden aus Not zu Streikbrechern werde.

Das Bechenherrenamt kann auch „gütig“ sein. Die Essener Stinnes'sche Zeche „Graf Beußen“ stellte 10 000 Mr. bereit, wovon die durch den Nachstand in Not geratenen verhältnisweise Bergleute Unterstützungen und Vorschüsse erhalten sollen; außerdem werden die wegen des willkürlichen Feierns eingeschlossenen drei Schichtlöhne auf Antrag zurückvergütet. Auf den übrigen Stinnes'schen Zechen wurden Summen zu gleichem Zweck bestimmt. — Die Bechenherren haben ihre Meinung schnell geändert!

Das Treiben des Flottenvereins ist in der Dienstagsitzung der Budgetkommission des Reichstages von dem Zentrumsabgeordneten Gröber als „gemeingefährlich“ bezeichnet worden. Auch der konservative Abgeordnete Böhendorf-Köppen verlangte, daß der wütsten Agitation der Flottencharakter ein Regel vorgeschoben werde. Staatssekretär von Tirpitz lehnte die Verantwortung für die Handlungen des Flottenvereins ab. — Das sind alles nur leere Worte! Nachdem die Bestrebungen des Flottenvereins von gewisser Seite direkte Unterstützungen gefunden haben, wird denselben auch mehr oder weniger entsprochen werden. Und das geschieht, damit sorgen bei passender Gelegenheit dieselben Herren, die jetzt das Treiben des Flottenvereins als „gemeingefährlich“ und „wütig“ bezeichnen. Ihre Gattung ist weiter nichts als ein Komödienspiel!

In die Handelsvertrags-Kommission des Reichstags sind von der sozialdemokratischen Fraktion die Abgeordneten Bernstein, Eichhorn, Herbert, Meißner und Singer entsandt.

Die neue Flottenvorlage, welche zum Herbst zu erwarten sein soll, wird voraussichtlich an der den früher abgelehnten 6 großen Kreuzern noch 7 Torpedobootdivisionen fordern. — Das wird ja den Steuerzahler wieder einen schönen Bogen Geld kosten!

Das Geschäft. Als in der Reichstagsitzung am Dienstag ein zollgegnerischer Redner von der Rechten vielfach unterbrochen wurde, fuhr Präsident Wallstraße auf und es entloß ihm das Wort: „Unterbrechen Sie nicht, meine Herren, Sie halten nur das Geschäft auf!“ Wer den Präsidenten des Reichstages zu Spotteln geneigt hält, kann glauben, er habe als die Vereidigungsakten der Junker in schneidendem Selbstironie charakterisiert wollen. Man verzögere nicht durch Zwischenrufe die Geschäfte des Reichstages, — das Geschäft soll zu Ende geführt werden! Zum Geschäftshaus ist das Parlament unter den jungerlichen Interessengesellschaft geworden, durch die Gesetzgebung betreiben Junker und Kapitalisten ihre Geschäfte auf Kosten des Gewerbeinteresses, insbesondere der arbeitenden Klassen.

Die Verschleppung der Wahlprüfungen in der Wahlprüfungskommission scheint systematisch betrieben zu werden. Die „Bresl. Ztg.“ schreibt darüber: „Die Bürgen haben sich in letzter Weise gebessert. Insbesondere mangelt es dem Vorsitzenden (Abg. Wellstein, 3.) an der nötigen Energie, um es durchzusetzen, daß Referenten und Korreferenten, sobald die Referate erstattet werden sollen, auch gleichzeitig persönlich anwesend sind und es der Kommission damit ermöglichen, zu einer Beschlusssitzung zu gelangen. Bei einer Reihe von Protesten wiederholt sich nun schon seit Wochen dasselbe Spiel. Der Vorsitzende hat die betreffenden Proteste auf die Tagesordnung gesetzt, es kann jedoch darüber nicht verhandelt werden, weil entweder der Referent oder der Korreferent nicht anwesend sind. Bei einigen Protesten läßt das permanente Fehlen der konservativen Korreferenten die Annahme nicht unerheblich erscheinen, daß es sich hier um absichtliche Verschleppungsversuche handelt. Den Vorsitzenden trifft also an diesen Verschleppungen kein direktes Verhältnis. Es gewinnt aber den Anschein, als ob gewisse Mitglieder der Kommission sich die übergroße Liebenswürdigkeit des Vorsitzenden zu dem oben erwähnten Zweck zunutze machen. Wenn Herr Wellstein die Bürge nicht so sehr am Boden schleifen ließe, so könnte die Kommission ihr Arbeitsprogramm um ein erhebliches Stück weiter gefordert haben.“ — Auf diese Weise wird der standesfürchtige Zastab herbeigeführt, daß Jahre lang „Mitglieder“ im Reichstage mitberaten und mitentscheiden, die nach rechtllem Gemessen nicht dazu berufen sind. In den meisten Fällen handelt es

Sich um Mitglieder der „Oberungsparaden“, besonders der Konservativen. Erst werden durch steppelose Wahlmöglichen die Wahlausultate gefälscht und dann wird die Entscheidung über die so gefälschten Wahlen Jahre hindurch hinausgezögert!

Die Handelsverträge sollen bekanntlich bis zum 16. Februar 1905 vom Reichstag verabschiedet sein. Da das nicht geschehen ist, so kann sie auch nicht mehr, wie geplant, zum 15. Februar 1906 in Kraft treten. Nunmehr will man sich bemühen, die Fassung auf einen möglichst frühen Termin zu versetzen, vielleicht den 1. Mai 1906. — Das deutsche Volk wünscht die Handelsverträge dahin, wo der Würger wächst!

Die Reichsfinanzministre. Vor einiger Zeit wurde die weimarsche Regierung im Landtag von dem Bürorätsleuten Abg. Müller interpelliert, ob sie ihren Einfluss im Bundesrat dahin geltend machen wolle, dass dem starken Anwachsen der Reichsschuld Einhalt getan und statt dessen eine Tilgung der Schuld herbeigeführt werde. Dienstag hat der Chef des Finanzdepartements die Interpellation beantwortet. Er erklärte, dass es bis jetzt nicht möglich gewesen sei, den allseitigen Wunsch nach planmäßiger Tilgung der Reichsschulden zu verwirklichen. Bisher habe es an den erforderlichen Mitteln gefehlt. — Das wünschte die weimarsche Landtag bereits, er ist also jetzt genau so kug wie zuvor. Freilich: die weimarsche Regierung ist auch nicht besser.

Bei der Reichstagswahl in Hof wurden bis gestern mittag gezählt: Geißler (Sz) 10 215, Goller (vereinigte Liberalen) 10 059 und Mezger (Bauernbund) 2138 Stimmen. Das Resultat aus 5 Orten steht noch an, dasselbe ändert jedoch an der Tatsache, dass Stichwahl zwischen Geißler und Goller stattgefunden hat, nichts.

Weber füllt noch Fleisch! Der Deutsche Handelsstag, der gestern in Berlin zusammengetreten ist, sprach sich für die Annahme der neuen Handelsverträge aus, um eine weitere Verschärfung der Verhältnisse zu verhüten; trotzdem er vorher einen Antrag angenommen hatte, der besagt, der Handelsstag habe Verabschaffung seiner lebhaftesten Unzufriedenheit über die Handelsverträge zu äußern.

Zur zweiten Lesung der Handelsverträge haben die beiden freizügigen Fraktionen des Reichstages folgende Resolution eingebracht: „Der Reichstag möge beschließen, den Herren Reichskanzler zu erlauben, begin zu warten, dass dem Reichstag baldigt eine Novelle zum Vereinssollgesetz vom 1. Juli 1869 vorgelegt werde, in welcher zumeist folgende Punkte geziemt werden: 1. Aufstellung der Silberverwaltung für Vertragsländer ihrer Gewissen; 2. Entlastung der Beschwerde über Auswanderung des Holländers durch eine richterliche Rechtsentscheidung nach Inobrigung des Schiedsgerichts; 3. Bindende Kraft amtlicher Auskünfte über Holländische; 4. Abgrenzung der Position zwischen der Eisenbahn- und der Silberverwaltung für Beispiele oder Beschränkung der Waren, die sich in den von der Eisenbahnverwaltung gehalten, für die zollamtliche Abfertigung und die einzige Kiederlegung bestimmten Staaten befinden; 5. Einschränkung der Berechnungsverletzung; 6. Abänderung der Strafbestimmungen nach Maßgabe der allgemeinen Strafbestimmungen, namentlich Beleidigung der Polizei und Verhinderung des Friedens durch die Anwendung einer Strafe.“ — Ähnliche Versuche, Einschaltung in das Balkanfeld zu bringen, sind im Reichstage schon mehrfach gemacht worden. Sicher ohne Erfolg. Da die Komplikation des neuen Sollgesetzes mit den durch die Handelsverträge bedingten Veränderungen die Förderung bringt, als je erwartet liegt, ist nicht zu bestreiten. Doch die Regierungen kann Widerstand angeben werden, ist klar jenseits. Es liegt im Sog der reaktionären Bestrebungen, die Regierungen sich von den Haftbefehlsermessern der Entwicklung nicht ganz abscheiden lassen.

Gegen den allgemeinen Beschilderungsnachweis stand für die in Stuttgart liegenden Regierungen von 27 Landräten am ersten Tag ganz Deutschland einsichtig und. Das wird aber die „Widerstand“ nicht erhalten, noch wie vor der militärischen Beschilderungsforderung schützen.

Politische Tanzturnen. Die Sammlung politischer Tanzturnen der Sozialisten ist weiter an ein sozialer Stadtkonzept gebunden. Die Arbeitsetat ist in ihrem Sozialkonzert ja erstaunlich, das es selbst aus dem Tanzturnen für die kommunistischen Kollegen herausgestrichen besteht ist, das ja jetzt besonders nach alle die auf dem der Kommunisten Seite, sollte sich berührter freuen. Richtig ist die sozialen Tanzturnen, die der folgende Text beweist:

Sozialistische  
Tanzturnerinnen  
Rt. 330 P.

Dresden-Mittwoch, am 5. Februar 1905.

Wie im Bericht gesprochen hat am Sonnabend Streettanteile Arbeitsamt Konzerte bei sozialen Tanzturnen in einigen Städten dieses Deutschen Reichs veranstaltet werden soll, dass dies zweckmäßig gesprochen der freifindenden Arbeitnehmer im Reichsgebiet erfolgt ist.

Die sozialen Tanzturnerinnen hat die Eröffnung des Tanzes für jede Stadt von der Leitung der Tanzturne zu erlangen der Tanzwirte als Forderung für den Anfang des Tanzturnes aufgestellt. Aber nicht zu politischen Zwecken.

Sie wollen eine soziale Tanzturne, daher muss abweichen oder hier zur Anzeige bringen, falls den Sozialturnen dazu geladen ist, dass die Tanzturne des Tanzgeldes für die Tanzwirte zu erhalten.

In die Sozial-

Republik.

Ring von Frei-

Es gehört das ganze Leben nach der sozialen Tanzturne dazu, um diese Situation einer Erneuerung in die Welt geben zu lassen. So die Erneuerung kommt am ersten Tag, so auch für uns in letzter Zeit, der den Menschen eine soziale Erneuerung bringt, wenn es gelingt, dass die Republik — gegründet wurde. Aber es steht Tanzturnen da, die die Sozialen zur nächsten Erneuerung

reben, ob er gegen Entgelt oder ohne Bezahlung tanzen lässt, wie es die Behörde nichts angeht ob ein Wert 10 oder 20 Pf. für eine Tanz nimmt. Über was fragt die sächsische Behörde nach Gesetzlichkeit, sie fühlt sich als Schützerin der Kapitalisten — gestern der Crimittschauer, heute der vom Kührlohlengesetz.

Der Abgeordnete Korfanty will einer Ungesetzlichkeitserklärung seines Mandats seitens des Reichstags durch vorherige Niederlegung desselben vorbeugen.

Südwestafrika und kein Ende? General v. Trotha wird voraussichtlich in nicht mehr fernster Zeit, wenn im Zentrum und im Süden des Schutzgebiets im wesentlichen die Ordnung wiederhergestellt ist, die Rückreise in die Heimat antreten. Der über kurz oder lang unvermeidliche Odambro-Feldzug bedarf ganz anders gearteter Vorbereitungen, als die Expeditionen in dem Klima des südlicheren Teiles der Kolonie, insbesondere auch weiterer, umfassender Vorbereitungen auf dem Gebiete des Lehrwesens. An die Unternehmungen Trothas im Süden kann er sich aus diesen Gründen ohnehin nicht unmittelbar anschließen, so dass der Höchstkommandierende nach Niederwerfung der Herero und Nama wenigstens zeitweise zurückkehren und hier an den Vorbereitungen für die nächste Expedition mitwirken kann. — Noch ist an eine Pazifizierung des Herero- und des Hottentottengebietes nicht zu denken und schon ruft man zu einem neuen, weit schwierigeren und gefährlicheren Krieg in Südwestafrika! Vieles Menschenleben und viele Millionen wird uns dieses unglückliche Land noch kosten? So fragt mit vollem Recht die sonst so kolonialfreudliche nationalsoziale „Berlin“ die Gelingung!

Wieder ein deutscher Sieg. Nach einer Meldung General Trothas marschierte Major Mühlensels mit den vereinigten Abteilungen Etosch und v. d. G. ab am 31. Januar vor Spalito ab und erreichte am 2. Februar nochmittags den Wasserplatz von Traugott und Wilhelm Maharo, 40 Kilom. südöstlich von Windhoek. Es gelang den Herero zu entstehen. Nur Zacharias Beranta von Ohosau ergab sich mit 17 Gewehren und 60 Stück Vieh. Die am 3. Februar 5 Uhr morgens ausgesandte Verfolzungsbteilung stieß nur noch auf Nachzügler. Am 4. Februar 5 Uhr morgens hörte sie Gewehrsalven und ritt darauf los; sie gewann eine Verbindung mit der Abteilung des Leutnants Chamael. Dieser hatte gerade mit der Belebung von Das und einem Zug der 3. Kompanie des Regiments 2 mehrere Hererowaffen, 20 Kilom. südlich von Dabis, überfallen, darunter auch die von Mühlensels geflohenen Viehe. Der Feind floh sofort. Das Traugott und Wilhelm Maharo bereitete die Grenze überschritten haben, soll festgestellt werden.

Kleine politische Nachrichten. Die Hibernia vorlage ist seitens des Herrenhauses angenommen worden. — Der Kolonialbeamte Coquet, Administrator in Französisch-Kongo, der sich auf Urlaub in Paris befindet, ist auf Veranlassung des Untersuchungsrichters von Brazzaville in Haft genommen worden. Er ist beschuldigt, mehrere Eingeborene misshandelt und getötet zu haben. Der Verhaftete bestreitet jede Schuld. Ein zweiter Apenberg! — Die spanische Flotte hat wieder ein Urteil gefällt, das an die schlimmsten Seiten der Inquisition erinnert. Begehrte Verleidigung des Erzbischofs Rozaleda von Valencia wurde der Direktor der Zeitung „Pais“ zu drei Jahren Gefängnis, vier Jahren Verbannung und 30 000 Pesetas Geldstrafe verurteilt. — Das Unterhaus der Vereinigten Staaten erlebte einen beispiellosen Skandal. Der demokratische Abgeordnete Sullivan erklärte den Abgeordneten Heath für einen politischen Meuchelmörder, worauf dieser den Nachweis erbrachte, dass Sullivan früher einmal wegen Totschlags zum Tode verurteilt war. — Die „Times“ meldet aus Romford, dass eine Revolution in Venezuela bevorstehe. Große Lautsprecher von Waffen und Munition sowie von sonstigem Kriegsmaterial sind aus den Vereinigten Staaten zu diesem Zweck eingeführt worden.

#### Ringland.

Die Gärung in der russischen Hauptstadt greift jetzt weiter an. Am Dienstag verließen die Arbeiter der französischen Werke die Arbeit. Eine Bewegung gegen den Streik macht sich unter der Saporisten bemerkbar, die den Streik in diesem Augenblick für gefährlich halten und einen elementaren Zustand der Leidenschaften fürchten. Die Arbeiter haben großes Misstrauen gegen die neuen Kommissionen. In einer Versammlung der Saporisten-Arbeiter, wo von ihnen verlangt wurde, Abgeordnete am 19. Februar in die neue Kommission zu wählen, fragten die Arbeiter, ob die Person der Abgeordneten unbedingt sein würde. Die Waffenträumer antworteten: „Innerhalb dieses Gebäudes ja, obwohl wir nicht.“ Die Arbeiter beschlossen, die Richter zu bitten, Garantien für die Unbedinglichkeit von der Regierung zu verlangen. — Die Arbeiter fordern jetzt politische Rechte und sie werden diese Forderung auch durchsetzen.

Bei der „Leipziger Volkszeit“ aus bisher Quelle erschien, es später wieder beschafft und ins Ausland geschlossen. Schreiter und ein Mitglied der russischen Sozialdemokratie füllten ihn am 22. Januar so mit Gewalt vom Kampftisch weg und vertrieben ihn. Man darf annehmen, dass er den Dr. an dem er sich jetzt aufhält, in Sicherheit ist. Er hat sich nun ausdrücklich der sozialdemokratischen Partei Russlands angeschlossen, für die er schon seit längerer Zeit Sympathien zeigt.

Auf einem Gericht soll der Berliner Bürger Blümchen Treppe Schilje des Ministers des Innern verboten.

In Sibirien sollen Rosenkranz auf einen Trupp freier Arbeiter. Ein Mann wurde gefangen, sieben verwundet. Es werden viele freier Arbeiter und Führer seit drei Tagen in aller Stille verhaftet und nach Petropawlowsk gebracht. In Sibirien besteht die Menge einen Sibirischen Gefangenentransport aus Horden des Roten. Die „Redn Journal“ aus Peterburg meldet, wurde über Tomsk, wo einige Narren stattfanden, der Belagerungszustand, des einzigen Dorfes der Sibirischen, verhangt. Die Studenten besuchten die Herrschaft über verschiedene Stadtteile und werden von einem Teil der Bevölkerung unterstellt. Bei den Gefangenentransporten und Demaskierungen am Bahnhof werden

eine Anzahl Personen getötet oder verwundet. — In Lodz kam es wieder zu ernsten Straßenunruhen, wobei 18 Personen getötet und 50 verwundet werden. Auch über Lodz ist jetzt der Belagerungszustand verhängt worden.

## Arbeiter, Genossen!

### Unterstützt nach Möglichkeit die Bergarbeiter.

#### Zuhörer und Beobachtungsschule.

Donnerstag, den 16. Februar 1905.

Achtung, Büttnerer! Neben die Firma Geissmann u. Co. (Bahnhofsbau) ist die Speere verhängt. Die Rohrkommision der Büttnerer.

Das Amtsblatt soll anscheinend, wenigstens was die Mietkannonen anlangt, von dem Haus- und Grundbesitzer-Verein kontrolliert werden. Es wurde nämlich ein Beschluss gefasst, der dahin geht, dass die Mietinhaber des Vereins innerhalb des Rahmens der dafür ausgewiesenen Summe in den drei gelesenen Zeitungen abwechselnd veröffentlicht werden sollen. Bisher wurden diese Inserate auch in den „Blättern“ abgedruckt; das wird wohl in Zukunft unterbleiben müssen, da zu den drei gelesenen Zeitungen das Amtsblatt unter keinen Umständen gehört.

Die Hamburger Frauen-Protestversammlung gegen das Urteil im Blankeneser Notarztsprozess, in der letztere auch von bürgerlicher Seite auf das schärfste kritisiert wurde, gibt unserm Unparteiischen Gelegenheit, die Versammlung als eine regelrechte „Sandalversammlung“ zu bezeichnen, in der in „rabiativer“ Weise jede Person „niedergeschrien“ wurde, die anderer Ansicht war, als die Referentinnen. Soviel Worte, soviel Lügen. Aber darauf kommt es dem unparteiischen „G.-U.“ nicht an. Allerdings muss man daran erinnern, dass auch die bürgerliche Presse in jener Versammlung einen schierhabigen Sieg auf den Hintern erhalten hat; dass derselbe Sieg, wird durch die oben angeführten Aussagen bewiesen.

In der Stadttheaterfrage äußerte sich der Senat dem Bürgerausschuss gegenüber folgendermaßen: Der Senat hat nach eingehender Prüfung der Verhältnisse bereits vor Jahresfrist dem Vorstande der Uffigengesellschaft Kasino eröffnen lassen, dass spätestens zu Ostern 1905 die Schließung des jetzigen Stadttheaters zu erfolgen haben werde. Auf Antrag des Vorstandes der Gesellschaft und des Theaterdirektors Gottschalk hat das Polizeiamt im November v. J. den Senat nochmals um eine endgültige Entscheidung in dieser Sache gebeten. Der Senat hat am 12. November 1904 beschlossen, eine jede Verlängerung der für die Schließung des Theaters gesetzte Frist über Ostern 1905 hinaus abzulehnen und das Polizeiamt zu beauftragen, hier von der Kasinogesellschaft Mitteilung zu machen. Nachdem in der Versammlung der Bürgerausschuss vom 6. d. Mts. die Möglichkeit erörtert worden ist, dass Theatergebäude auch über den April d. J. hinaus seiner bisherigen Bestimmung erhalten zu sehen, steht der Senat sich zu der Erklärung veranlaßt, dass er an der am 12. November 1904 getroffenen Entscheidung unbedingt festzuhalten wünsse. Otto beantragte: „Der Bürgerausschuss wolle den Senat ersuchen zu erwägen, ob nicht die Möglichkeit besteht, im Stadttheater für die nächsten Jahre weiter spielen zu lassen, wenn diejenigen notwendigen Veränderungen und Errichtungen vorgenommen werden, welche im Interesse der Feuer Sicherheit erforderlich sind.“ Der Bürgerausschuss lehnte es ab, dieses Ersuchen an den Senat zu richten. Wie die Theaterfrage zu lösen ist, darüber schon jetzt in Erörterungen mit der Bürgerausschuss einzutreten, ist nach Ansicht des Senates verfrüht. So erwünscht es ist, dass die Öffentlichkeit sich bereits eingehend mit den einflussreichen Fragen beschäftigt, — wobei die Überzeugung, dem Staat durfe die Initiative in dieser Angelegenheit nicht zugewiesen werden, immer weiteren Kreisen sich mitzuteilen scheint. — so wird doch voraussichtlich noch einige Zeit vergehen, bis in Bezug auf den Theaterbau u. w. d. c. bestimmte Verträge die Bürgerschaft werden beschäftigen können. Nach diesen offiziellen Auslassungen ist nur bestimmt gesagt, dass das alte Theater nicht wieder benutzt werden soll. Im übrigen bleibt die Lösung der Theaterfrage genau ebenso im Dunkeln, wie bisher. Und doch wird gemunkelt, dass der Senat sich mit den verschiedenen Blättern trage. Das meine Sir eise dem Staat die Initiative in dieser Angelegenheit nicht zugewiesen wissen wollen, ist eine Annahme, die jeder tatsächlichen Unterlage entbehrt; es kann sich nur um einen kleinen Kreis handeln!

Konzert. Der Lehrer-Gesangverein veranstaltet am Sonntag, den 19. Februar, in der Stadthalle einen Volksliederabend zum Beste des Vereins. „Deutsche Lieder“ und „Sibirische Lieder“. Das uns vorliegende Programm weist Berlin des Volksgesangs auf; besonders stark ist Friedrich Silcher vertreten, dessen Lieder tiefer wie kaum eines andern Meisters in der Volksseide Wurzel geschlagen haben. Als Solistin ist Wilhelmine (Sopran) aus Berlin gewonnen, eine junge Musikerin, deren seine Begabung und trefflichen Stimme von der Kritik überinstimmend anerkannt wurden. Es wäre im Interesse des guten Zwecks gewiss zu wünschen, wenn die Stadthalle bis auf den letzten Platz ausverkauft wäre. Billete zu 25 Pf. für den Saal und 50 Pf. für die nummerierten Logen und den Mittelrang sind an den in unserer Annonce angegebenen Verkaufsstellen zu erhalten.

Jahresbericht des Zentral-Verbandes der Schiede, Zahlstelle Lübeck. Die Einnahmen betrugen im Jahre 1904 2654,28 M. Die Ausgaben gestalteten sich folgendermaßen: 447,58 M. für Vermölung und Beamtenentschädigung, für Reiseunterstützung an 28 Mitglieder für 22 Tage 72 M., für Arbeitslosen-Unterstützung an 39 Mitglieder für 647 Tage 938,50 M., für Agitation 18,30 M. An die Haushalte wurden gesandt 1271,15 M., am Okt verblieben 150,37 M. Die größere Arbeitslosigkeit im letzten Jahr machte einen Busch von 200 M. aus der Haushalte erforderlich. 7 Mitglieder waren am Schluss des Jahres noch arbeitslos. Im Laufe des Jahres wurden 29 Mitglieder neu aufgenommen, 1 Mitglied trat von einer andern Gewerkschaft über, 4 Mitglieder traten freiwillig aus, 3 Mitglieder wurden wegen rücksichtiger Beiträge gestrichen, 2 Mitglieder sind gestorben, 16 Mitglieder

und abgereist, wogegen 4 Mitglieder aus anderen Zahlstellen aufreisten. Mitgliederbestand am Schluß des Jahres 182; mitin eine Zunahme von 2 Mitgliedern. Es standen statt 21 Mitglieder und eine Extra-Versammlung. Die höchste Bevölkerzahl war 72, die niedrigste 12; durchschnittlich waren 33 Mitglieder anwesend. Wie aus diesen Angaben ersichtlich, ließ der Versammlungsbesuch viel zu wünschen übrig und zeigten die Mitglieder wenig Interesse am Versammlungsbesuch; denn 12 Prozent besuchten durchschnittlich die Versammlung. Es wurden 4 Rezertenten in 8 Versammlungen 4 gewerkschaftliche und 2 politische Vorträge gehalten. Vortragsstunden wurden 17 abgehalten, davon 7 mit anderen Gewerkschaften. Im zweiten Quartal wurden 63 Mitglieder infolge des Meterstreiks auf der Kochischen Schiffswerft 9 Wochen ausgesetzt; 48 Verheiratete mit 107 Kindern und 15 ledige. Dieselben erhielten an Unterstützung 8551.— M. Die Folgen der Ausperrung waren 5 Proz. Aufschlag für sämtliche Altkordarbeiten, sowie 30 Proz. Aufschlag für Akkordarbeiten und Nachschicht, sodass jetzt 50 Proz. in Lohn und Akkord für Überstunden und Nachschicht mehr bezahlt wird. Zum Schluß mögten wir unsern Mitgliedern noch zurufen: "Beteiligt Euch besser an unseren Versammlungen und berate mit zum Nutzen unseres Verbandes und aller unserer Berufskollegen. Der Bestand der Lokalfasse übertrug am 1. Januar 1904 557,67 M.; die Einnahmen waren 1147,88 M., die Ausgaben 888.— M. Unterstützungs gelder für Ausgesetzte der Kochischen Schiffswerft. Für das Arbeitersekretariat wurden 217,50 M. ausgegeben. Der Kassenbestand am Schluß des Jahres betrug 427,05 Mark.

Für alle, welche an die Redaktion schreiben! 1. Wenn Du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tue es folglich, schicke es sofort ein: denn was neu ist, wenn Du es schickst, ist vielleicht nach wenigen Stunden nicht mehr neu. 2. Sei kurz; Du sparst damit die Zeit des Redakteurs und Deine eigene. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Phrasen. 3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit Tinte und leserlich, besonders Namen und Ziffern; sege mehr Punkte als Komma; lasse einen Raum zwischen den Zeilen und am Rand. 4. Schreibe nicht "gestern" oder "heute", sondern den Tag oder das Datum. 5. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl, streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben. 6. Die Haupitache; Beschreibe nie, nie beide Seiten des Blattes, hundert Zeilen auf einer Seite geschrieben, lassen sich rasch zerschneiden und an die Seher verteilen. Es kommt oft vor, dass durch Beschreiben von beiden Seiten ein Beitrag heute keine Aufnahme mehr finden kann und für morgen zurückgelegt werden muss oder ganz in den Papierkorb wandert. 7. Gib der Redaktion in sämtlichen Schriftstücken Name und Adresse an. Anonyme Briefe schicken kann die Redaktion nur berücksichtigen.

Dem Verein der Musiffreunde, der bekanntlich durch das Eingehen des Stadttheaters ein solcher Aussall an Einnahmen erwacht, dass er nicht mehr lebensfähig ist, soll im kommenden Jahre eine einmalige Unterstützung von 12000 M. gewährt werden. Der Senat beantragt, dass dem hiesigen Verein der Musiffreunde eine außerordentliche Beihilfe von 12000 M. gewährt und mit diesem Betrage in den nächsten Vorantrag der Verwaltungsbörde für städtische Gemeindeanstalten eingestellt werde; dass dieser Beitrag in vier gleichen Teilen, jedoch nur so lange gezahlt werde, als nicht dem Verein aus einem hiesigen Theaterunternehmen mindestens der gleiche Betrag vertragssmäßig zugesichert sein wird. Hierzu beantragt Dr. Witten unter dem zweiten Absatz des Senatsantrages hinter den Worten "nur so lange" einzufügen: "und so weit". Der Bürgerausschuss beschloss, die Senatsvorlage der Bürgerschaft mit der von Dr. Witten beantragten Änderung zur Zustimmung zu empfehlen. Wenn die Bürgerschaft diesem Antrage hiebt, so wird das Budget unseres Staates dadurch wieder in ganz erheblichem Maße belastet, obwohl wir durchaus nicht an Geldüberfluss leiden. Hat nun die Lübecker Bürgerschaft auch einen entsprechenden Nutzen von dieser Subvention? Durchaus nicht. Der Musifverein ist anscheinend eifrig bestrebt, von seinen Veranstaltungen die Arbeiter fern zu halten, denn es fällt jetzt die selben vollständig, obwohl sie bereits jetzt zu seiner Unterstützung beitragen müssen. Wenn das Volk dem Musifverein die Existenzmittel beschaffen soll, dann hat dieser auch Pflicht, dem Volle dadurch eine Entschädigung zu gewähren, dass es Veranstaltungen arrangiert, die einen erzieherischen und bildenden Wert haben. Er ist weiter verpflichtet, auch die Arbeiterkreise auf dieselben aufmerksam zu machen und sie für seine künstlerischen Bestrebungen zu interessieren. Das ist bisher gänzlich unterblieben. Im übrigen hoffen wir, dass dieser Senatsantrag in der Bürgerschaft Beratung zu einer eingehenden Erörterung der Theaterfrage gibt, denn es ist durchaus noch nicht ausgeschlossen, dass demnächst noch ein weiterer Senatsantrag kommt, der eine Subvention für irgend welche Theatervorstellungen im nächsten Winter verlangt. Dann sind die Steuerzahler, die ja bekanntlich "nix to seggen" haben, wieder, wie immer, die Nutznießen!

Aus dem Gerichtssaal. Wegen verschiedener Diebstähle, die sie bei dem Hufner A. in Hassendorf verübt haben, sind die Schuhmacher A. und S. angeklagt. Die Strafammer verurteilte A. zu 4 Monaten 10 Tagen und S. zu 3 Monaten 2 Wochen Gefängnis. — Wegen Einbruch in die Stahlwerke erhielt der Kopfgelehrte E. der bereits vielfach vorbestraft ist, 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und Überlennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre; sein Komplize B. 10 Monate Gefängnis. — Der Musifverein B. aus Leisterfelde erhielt wegen Diebstahls, den er bei dem Gemeindedienst A. verübt hatte, 4 Monate Gefängnis.

Für den Zoologischen Garten ist von der Kommission der Platz bei den Sandbergstannen an der Israelsdorfer Allee auszusehen. Wie verlautet, hat sich das Finanzdepartement mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt.

Wegen Majestätsbeleidigung verhandelte die Strafanwalter gestern gegen den Bierbrauerei-Bed. aus Neufeld. Am 14. Dezember war bereits der erste Verfahren angezeigt, jedoch wurde derselbe zwecks weiterer Beurvernehmung vertagt. B. soll vor mehr als vier Jahren anlässlich der Einweihung des Elbe-Elster-Kunstgewerbeschulung gegen den Kaiser ausgestochen haben, was vor ihm aber entschieden bestritten wird. Als Zeugen fungierte ein gewisser Grimm, der nach seiner Angabe aus "Patriotismus" einen Bekannten ins Gefängnis bringen will, während das wahre Motiv allem Anschein nach Stache ist. Bed. und Grimm waren eine Zeit lang gute Freunde; später kam es zu einem Prozeß zwischen den beiden, und die Folge war eine Demission des B. gegen Bed. Letzterer soll in Bezug auf den Bierbrauer Möller, der zu der Hansestadt Gürlitz gebunden hatte, gesagt haben: "Da kommt der Kaiser endlich; er hat für den Kaiser Gürlitz gewonnen, er geht nun auch nach Lübeck; das A. muss vorsichtig agieren werden, weil er für das A., das B., den Kaiser Gürlitz wendet." Diese Auszehrung will Möller gehört und sofort seinen Bekannten mitgeteilt haben. Der Angeklagte be-

stritt die ihm in den Mund gelegte Auszehrung und behauptete, dass B. die ganze Geschichte aus der Lust geprägt habe. Der als Junge vernommene Arbeiter Niemann will ein Gespräch zwischen Grimm und dem Arbeiter Scheel gehört haben, aus dem man entnehmen könnte, dass B. vor unsäglichen Mitteln durchaus nicht zurückstünde. B. soll erzählt haben, dass er Bed. eins auswischen und ihn wegen Majestätsbeleidigung anzeigen wolle. Den fehlenden Zeugen würde er in der Person des Bierbrauerei-Bed. schon finden, da dieser konfus sei und alles sage, was man ihm erzähle. Dieses Gespräch wurde bestritten. Die Beugen, mit Ausnahme von Niemann, befürworteten, dass Möller ihnen gleich erzählt habe, er hätte gegen B. Anzeige wegen Majestätsbeleidigung erstattet. Niemann wurde wegen Verdachts des Meinungsfests sofort verhaftet. Das Gericht verurteilte Bed. nach dem Antrag des Staatsanwalts zu 4 Monaten Gefängnis.

Handelsregister. Am 14. Februar 1905 ist bei der Firma S. & C. in Lübeck eingetragen: Feigiger Inhaber ist der Kaufmann J. Wangenheim in Kiel. Der Wechselgang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch Isidor Wangenheim ausgeschlossen.

pb. Festgenommen wurde ein früherer Lokomotivheizer, der sich des Betruges zum Nachteil eines hiesigen Schankwirtes schuldig machte.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.
- 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
- 3) Militär-Papier.
- 4) Anmeldechein. (Aus demselben muss hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist.) Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbstständigen Handwerkern):
- 5) Gewerbe-Anmeldechein.
- 6) Innungsmitgliedschein.

Ist der Antragsteller verheiratet, so sind außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:

- 7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und
- 8) Geburtschein der Ehefrau.

Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamt die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältliches Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 6, Werktag in der Zeit von 9—1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostengünstig.

Eutin. "Mit dem kleinen Gewinnhandeln gewinnen wir niemand und halten auch niemand bei uns", so sagte Herr Pfarrer Naumann während der Verhandlungen des Wahlvereins der Liberalen in Berlin. Damit hat Herr Naumann eine Aussicht ausgesprochen, von der wir rottischen, dass sie von jedem Sozialdemokraten geteilt werden mögliche. Leider muss dies eigentlich Selbstverständliche noch gewünscht werden. Gerade in Oldenburg, wo mancher das "kleinliche Gewinnhandeln" für sehr klug gehalten hat! Wie kommen wir dazu, dass hier und in Verbindung mit der Berliner Versammlung der Männer von der Freiheitlichen Vereinigung zu erwähnen? Deshalb. Das kleinliche Gewinnhandeln in Oldenburg, und zwar bei den letzten Landtagswahlen, hat eine bemerkenswerte Anerkennung freisinnig-vereinigter Männer gefunden und uns scheint, das sollte doch zu denken geben. Nach der "Berliner Zeitung", dem Organ des Herrn v. Gerlach, stellt sich nämlich

"der oldenburgische Landtagsabgeordnete Böck (Gutin) als ein von einer Mehrheit sozialdemokratischer Wahlmänner gewählter Abgeordneter vor. Er sei seit überzeugt, dass er, auch wenn die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen die Mehrheit haben werde, wieder gewählt werden würde. Bei einem guten Willen lasse sich eine Verständigung erreichen."

Wie diese "Vorstellung" wirkte, schildert Herr Gerlach in einem Sitzungsbild so:

Vor einem Jahre schien es noch, als wenn die Frage des Gehalts für Sozialdemokratie dauernd eine kritische Frage in der Partei bleibende Rolle hätte. Das erfreuliche Resultat der Verhandlungen ist es jedenfalls, dass diese Behauptung als bestätigt gelten kann. Der Landtagsabg. Böck aus Eutin konnte mit Genugtuung konstatieren, dass ihn eine Mehrheit sozialdemokratischer Wahlmänner zum Abgeordneten gewählt habe, und das ganze Haus jubelte dem sympathischen Manne zu."

Wenn man liest, dass Böck von einer Mehrheit sozialdemokratischer Wahlmänner gewählt ist, so muss dem erklärten hinzugefügt werden, dass diese Mehrheit allein nicht im Stande war, einen Abgeordneten durchzubringen; denn sonst hätte gar keine Veranlassung vorgelegen, anstelle eines Genossen einen Nationalsozialen zu wählen, und wenn derselbe auch von der Farbe des anscheinend wirklich liberalen Lehrers Böck ist. Die Wahl erfolgte auf Grund eines Kompromisses, dessen Ziel es war, die Bündler aus dem Landtag zu verdrängen. Ganz und gar im Irrtum ist Herr Böck aber, wenn er meint, dass er wiedergewählt würde, auch wenn die Sozialdemokraten bei den nächsten Wahlen die Mehrheit hätten. Dazu liegt absolut keine Veranlassung vor. Nichts wäre idiotischer und verkehrt, als einem lauwarmen Liberalen zu einem Mandat zu verhelfen, wenn man die Macht hat, die Interessen der Arbeiterschaft durch einen Mann vertreten zu lassen, der das Programm der Sozialdemokratie hochhält. Wenn man die Wahl zwischen zwei Leuten hat, wählt man wohl das Kleinst; ein Narr nimmt jedoch mit einer tauben Kugel vorlieb, wenn er eine gute haben kann.

Hamburg. Genosse Krille zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Gestern hatte sich Genosse Krille als verantwochter Redakteur des "Hamburger Volksblatt" vom 11. Juli 1904 vor der Strafammer in Stadt wegen Verbreitung unsittlicher Schriften zu verantworten. Es handelte sich um die Notiz "Geschlechtsethik im russischen Heere". Der Staatsanwalt beantragte 6 Wochen Gefängnis, das Gericht erkannte jedoch auf 50 M. Geldstrafe.

Wandsbek. Ein Großfeuer zerstörte gestern morgen die an der Feldstraße gelegene Katholische Kirche

Das Gebäude brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder. Der Materialschaden ist sehr bedeutend.

Neustadt. Aus gelegtes Kind. Dienstagabend 9 Uhr, nachdem vom Bahnhof in Lübeck der Zug nach Oldenburg abgefahren war, fand man in dem Abort des Bahnhofs ein kleines, erst wenige Tage altes Kind. Der Mutter fehlt bisher jede Spur. Vermutlich ist sie mit dem Barge von Gutin gekommen und hat ihr Kind hier ausgesetzt. Mitledige Leute nahmen sich des kleinen Kindes an.

Kiel. Herr v. Möller und die Lehrernot in Schleswig-Holstein. Aus Kiel wird dem B. L. geschrieben: Der Lehrermangel und die Landflucht der Lehrer machen sich vielleicht in keiner Provinz Breitens mit solcher Schärfe geltend wie in Schleswig-Holstein. Dieser Notstand ist, wie wir aus Lehrerkreisen erfahren, eine Folge der Politik des ehemaligen Oberpräsidenten v. Möller. Vor dem Zeitpunkt, da Herr v. Möller an die Spitze der Regierung unserer Provinz trat, fanden die Vorschläge der Gemeinden über die Höhe der Alterszulagen fast ausnahmslos die Genehmigung der Rücksichtbehörde. Mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Herrn v. Möller änderten sich die Dinge. Die Anträge der Gemeinden, die für die Lehrer sehr günstig waren, gingen an die Antragsteller mit dem Bemerkung zurück, genau zu prüfen, ob die Gemeinden im Stande seien, so hohe Kosten zu tragen. In einigen Fällen kam es sogar vor, dass den Gemeinden angekündigt wurde, es sei ausgeschlossen, dass ihnen bei Schulbauten usw. Unterstützungen aus dem Regierungssondes bewilligt würden, wenn die hohen Alterszulagen die festgehalten würden. Das Ergebnis war, dass die meisten Gemeinden die Alterszulagen herabsetzen und den Mindestsatz beantragen, der die Zustimmung der Regierung fand. Nur wenige Gemeinden, namentlich die freigebliebenen Marschbewohner, hielten an den beantragten Sätzen fest und ließen sich durch Herrn v. Möller nicht beirren. Heute leidet das gesamte Schulwesen Schleswig-Holsteins, besonders auf dem platten Lande, unter der vorsichtigen Politik des Oberpräsidenten v. Möller.

Bremen. Organisation der bremischen Geistlichen. Beim Bürgeramt ist folgender Antrag eingegangen: Der Bürgerschaft ist bekannt geworden, dass Verhandlungen im Gange sind, welche darauf hinzuzeigen, eine Organisation der sämtlichen bremischen Geistlichen zu schaffen, die bezeichnet, eine gemeinschaftliche Förderung von kirchlichen Einrichtungen und piaristischen Angelegenheiten herzuführen. Obwohl angeblich dogmatische Fragen nicht der Zuständigkeit dieser Organisation unterliegen sollen, erachtet die Bürgerschaft eine solche Neuerung für geeignet, den seit Jahrzehnten bestehenden kirchlichen Frieden und die auf kirchlichem Gebiete bisher herrschende so hoch zu schätzende Freiheit aus ernsthaften zu gefährden, sowie im weiteren reaktionären Sinne einzuzwicken. Sie erachtet daher den Senat, von jeglicher Änderung des bisherigen Zustandes abzusehen. — Es ist bezeichnend, dass ein solcher Antrag jetzt eingebracht werden muss, wo sich überall Begehrungen regen, die Schule von der Bewormung durch die Kirche zu befreien.

Bremen. Heute entstand am Dienstagabend im Hause Neckstraße 48. Die Bewohnerin in der zweiten Etage hatte im Dienstfeuer angezündet und dann ihre beiden Kinder — eins im Alter von 8 Monaten und das andere im Alter von 2 Jahren — zu Bett gelegt. Sie war dann ausgegangen. Bald darauf bemerkten die übrigen Bewohner Brandgeruch und als man die Tür gewaltsam erbrochen hatte, fand man das ganze Zimmer voll Rauch. Die beiden Kinder waren jedoch schon erstickt. Beim Dienst lag noch glimmender Tisch. Als die Frau nach Hause kam, fand sie ihre beiden Kinder als Leichen vor.

Oldenburg. Sello für Amtsgericht. In der Deutschen Juristenzeitung bricht Justizrat Dr. Sello eine Lanz für Minister Ruhstrat und die Oldenburger Richter. Dr. Sello findet es gerechtfertigt, dass die Richter die Ablehnungsanträge der Angeklagten ausschiesen; auch die Verhaftung des Kellners Meyer erscheint ihm begründet, ebenso die Auflösung des als Zeuge vorgeladenen Rechtsaktivisten Spranger von der Verteidigung. Vor allem heißt Dr. Sello das Urteil gegen den Redakteur Schwahnert für völlig entwandsfrei, da auch nicht einmal der Verdacht des Meineids auf dem Minister Ruhstrat lasten geblieben sei. Kurz und gut, Sello meint, man habe wieder einmal mit Kanonen nach Spaten geschossen. Trotz dieser Ausführungen, die Sternbergs bekannter Verteidiger Sello augenfällig Ruhstrats mögt, steht das Volksurteil über den "Fotex-Minister" fest. Es heißt: gerichtet!

## Zeitungswirken

Kattowitz. Zwei Arbeiter erschlagen. Auf der Ferdinandgrube wurden durch herabstürzende Kohlen in allen zwei Arbeiter erschlagen.

Halle. Unschuldig verurteilt. Der vor zwei Jahren wegen Sittlichkeitsverbrechen zu mehrjähriger Buchhausstrafe verurteilte Lehrer Dammann zu Altersleben wurde auf freien Fuß gesetzt. Das Wiederaufnahmeverfahren ist eingeleitet worden.

München. Verschobene Hinrichtung. Die Hinrichtung des Schneider Almanns rüdet, die gestern früh 8½ Uhr erfolgen sollte, wurde im letzten Augenblick auf Gerichtsbeschluss sifziert. Der Mörder hatte Frau und Kinder grausam ermordet; er war in allen Justizanlagen verurteilt worden.

Essen. Abgestürzt. Bei der Instandsetzung des Schachtes 3 der Firma Matthies Stützen stürzte ein Schachthauer ab. Als schrecklich verstimmt die Leichen wurden sie aufgerichtet. — 2 Menschen erstickten. Im Dorfe Marl bei Buer kam es während einer Festlichkeit aus geringem Unfall zu Streitigkeiten, wobei ein Knabe und ein Brennereigehilfe erstickten wurden.

Wien. Trauriger Abschluss einer Hochzeitsreise. Dr. Karl Benedikt ist auf der Hochzeitsreise nach dem Genuss von Fischplat unter Gestiftserleichterungen erkrankt. Er wurde hierher aufgebracht und ist gestern gestorben.

Petersburg. 4 Feuerwehrleute verbrannt. In Kremlschug ist die Sandowitsch'sche Mühle, eine der größten Russlands, niedergebrannt. Bei den Löscharbeiten verbrannten vier Feuerwehrleute.

## Quittung

Für die freiliegenden Bergarbeiter im Ruhrbezirk gingen ferner ein: Bäcker der Gen. Bäckerei, 4. Rate 14,50 M. Lebensmittel vom Kohlendampfer Elbe 1. — M. Ges. vom Personal der Altenbierbrauerei 13.— M. M. 2. — M. Ges. b. Rüschmeyer Biergärtn. 3,23 M. von L. 5. — M. Fabrikarbeiter-Verband Lübeck, 4. Rate 50.— M. Sch. 1.— M. Bereits quittiert 719,25 M. Zusammen 7281,98 M.

Die Kündigung des Lübecker Bäckerei

Am Mittwochabend entstieß heftig nach langer und schwerer Krankheit unsere kleine Tochter

### Helene

im Alter von 1 Jahr 7 Monaten.  
Siebte bestanden von ihrem Eltern, Geschwistern und allen Angehörigen.

**C. Burzlaff und Frau,**  
geb. Claußen.  
Lübeck, den 15. Februar 1905

Gesternmorgen entzog uns der unerbittliche Tod  
unsere süße kleine Käthe im zarten Alter von  
9 Monaten.

Die Beerdigung findet am Sonnabend den  
18. bis 19. Uhr vom Trauerhause, Marienstraße 59,  
aus statt.

### Todes-Anzeige.

Gesternmorgen 5½ Uhr starb nach langem  
schwerem Leiden unser liebgeliebter Sohn

### Paul

im Alter von 4½ Jahren.

Dies zeigen an die tiefschreinen Eltern und  
Geschwister. **Paul Ruppl u. Frau.**  
Krematorium. **Karl Prühs u. Frau.**

Berdigung Sonnabend Nachmittag 2½ Uhr.  
Für erwünschte Teilnahme beim Begräbnis  
neuer lieber Frei, insbesondere Herrn Pastor  
Rathgen für seine trostreichen Worte am Grade  
einen herzlichen Dank.

**L. Kewe** nebst Kinder.

Zu sofort

eine Stube mit Küche zu vermieten,  
passend für eine kleine Firma. Johannisstraße 5.

Gesucht eine tüchtige Einzigerin.  
**Ernst Haase, Büchsenfabrik,**  
Steindorferweg 30 c

### Fleisch und Wurst

mit hoher Qualität erfüllt die Wurst-  
fleiderei von

**C. BEHRENS**, Warendorferstraße 9.

### Die Arbeiter-Sardinen

aus dem Spezial-Beispiel von

**Otto Ahlers** Lübeck  
Card 4 10.

mit vorzüglichem Geschmack gute Ver-  
arbeitung und sehr billige Preise. H. A.:

Sardinen 1,80—2,25

Thunfisch 2,60—2,75

Colaaden 1,88—2,25

Wurstsalate 0,88—1,25

Spargelkraut 1,30—2,25

Wurst Salat, Kürbissalat und grüne, 1,25

Wurst, Sardinen, Schinkenstücke, Butterstücke,

Wurst-Schinken-Salat, 1,25

Preise von 20 Pf. bis 1,25 Mk.

zu sofort

zu sofort</p

# Beilage zum Lübeder Volksboten.

Mr. 41

Freitag, den 17. Februar 1905.

12 Särgen

## Die zufriedenen Unzufriedenen.

Die Regenten des Deutschen Reiches, nicht die gebrätenen, sondern die tatsächlichen, die adeligen und bürgerlichen Grundbesitzer nebst ihren Kürderten Goldfischern, sind, wie bereits kurz gemeldet, Montag im Circus Busch in Berlin zusammengekommen, um unter dem Aushängeschild: Generalversammlung des Bundes der Landwirte, ihr diesjähriges Erntefest zu feiern.

Der Erntefest ist heuer so wunderbar reichlich, daß sich die affektierten sauerköpfigen Mienen der Festteilnehmer unwillkürlich zu behäbigem Schmunzeln verklären und die programmatisch abzuringende Bitavei der Kriegslieder über die Not der Landwirtschaft in den Rhythmus eines jubelnden Triumphliedes umschlägt. Es ist nicht nur, wie die „Leipz. Volkszeit.“ schreibt, ein Erntefest, es ist ein Siegesfest; zu der Errungenschaft des Brotwuchertariffs und der auf ihm basierten Handelsverträge gesellt sich die endgültige Kapitulation der Reichsregierung vor dem Agrarikum. Der Junker hat ja zu alle Rechten in Preußen kommandiert, aber so rücksichtslos und unverhüllt, wie er jetzt nicht nur den preußischen Staat, sondern auch ganz Deutschland für sein Pachtgut erklärt, aus dem er für sich allein, und nur für sich so viel herauslösen kann, wie es ihm beliebt, ist er noch nicht aufgetreten. Und so offenbar und ohne jeden Vorbehalt, wie der alte Bauer Bülow in sich der preußischen Gesindeverordnung unterworfen hat und zu den Agrariern in das schwächste Dienstverhältnis getreten ist, hat sich die preußische Regierung noch niemals ihrer Machtsignisse entäußert.

Wenz diesen Tatsachen gegenüber Herr v. Wangenheim, der als erster die Rednertribüne betrat, sagte, der Bund der Landwirte habe niemals die einseitige Bevorzugung der Landwirtschaft verlangt und dies nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten bewiesen, so ist dies eine Behauptung, die nur durch ihre Lügnhaft verblüffend klingt. Fast noch lühnier war die Behauptung Dr. Rösslers, daß der Bund der Landwirte nicht von der Sucht nach dem Gelde angestossen sei. Daß die Herren, in deren Moralcode die Zufriedenheit die größte Unzufriedenheit genannt wird, gegenwärtig außerordentlich zufrieden sind, ging aus der mit fürrüssem Beifall begrüßten Neuerung eines Redners her vor, es sei ungerecht und töricht, zu verkennen, daß in den Handelsverträgen im allgemeinen eine Besserung für die Landwirtschaft erzielt worden sei. Das will aus dem Munde eines Agrariers viel heißen.

Selbstverständlich wurde der Reichsregierung von den zufriedenen Unzufriedenen auch kein einziges Wort des Dankes gespendet, wenn man nicht die Neuerung Wangenheim's doch daran, daß die Landwirtschaft in den Handelsverträgen nicht noch mehr erreicht habe, nicht die Regierung allein, sondern auch die Reichstagsmehrheit schuld sei, als eine vorblümte Dankdagung ansiehen will.

Dr. Dertel, der mit donnerndem Beifall begrüßt wurde, strahlte vor Glück und gab seiner gehobenen Siegerstimme durch eine mit zahlreichen agrarischen Wörtern besetzte Bierrede Ausdruck. Er besprach zunächst das Börsegejeh. Dieses sei ein Meisterstück der Kunst, die Abfütter der Regierung zu verhöhnen. Mit den Handelsverträgen ist Dertel in höchstem Grade zufrieden. Die Zufriedenheit liebte er dadurch in das Gewand einer schenkbaren Unzufriedenheit, daß er das Plus und das Minus der Handelsverträge für die Landwirtschaft gegeneinander abwägt und zu dem Resultat kam, in Summa sei ein kleines Plus gegenüber dem bisherigen Zustande zu verzeichnen.

Diese lästige Mischung innerlicher Zufriedenheit mit äußerlicher Unzufriedenheit legte fast noch schöner Herr v. Oldenburg-Sonnenburg an den Tag, indem er sagte, wenn er dem Reichstanzler ein Zeugnis ausspielen müsse, so würde er schreiben: Hat große Lücken auszufüllen,

## M f r o j a.

Ein nordischer Roman von Theodor Müggel.

### 80. Fortsetzung.

„Weint Ihr?“ antwortete Marstrand aufsteigend. „Ich will nicht mit Ihnen reden, Herr Helgestad, weder Klagen noch Vorwürfe erheben, denn ich weiß, daß ich eher damit den Balzelswald fortbewegen könnte. Ich habe keinen anderen Ausweg, sagen Sie? Wir wollen sehen. Haben Sie meinen Schuldchein und den Bürgschaftsschein von Bergen bei der Hand? Legen Sie beide vor.“

Helgestad sah ihn an, wie einer, von dem man glaubt, er habe plötzlich den Verstand verloren. „Nuh!“ sprach er dann, „wollt meine Beglaubigung sehen, ist beides hier. Eritt her, Lovnauna Gullif. Ist hier der Schein über sechtausend Spezies bar empfangen. Hier der andere über zweitausend für Waren und Geräte. Sieht der Name darunter, werdet ihr nicht ableugnen.“

„Gewiß nicht,“ erwiderte der Junker. „Ich erkenne die Schuld an, ebenso die Bürgschaft in Bergen für mich gefestigt, da ich aber mit Jantzen in Gegenrechnung stehe, die gute Hälfte der Schuldsumme durch meine Fische abgetragen ist, so kann ich unmöglich an Niels Helgestad die volle Summe zahlen.“

„Eine Bürgschaft muß gedeckt werden, wenn es gefordert wird,“ fiel Petersen ein.

„Mit nichts, Herr,“ sagte der Lovmann. „Die Bürgschaft muß nur dann gedeckt werden, wenn der Bürger keine Mittel sieht, zu seinem Schaden zu kommen. Kann Herr Marstrand nicht zahlen und wird sein Hof mit Beschlag belegt, so fällt die Bürgschaft zu der gesamten Schuld, sieht er aber auf seinem Hofe, so muß sich erst zeigen, ob er dem eigentlichen Schuldner nicht gerecht zu werden vermag und was dieser in Anspruch nimmt.“

„Nuh!“ rief Helgestad lachend, „ist ein Streit um des

kann aber als Vorleser verzeigt werden. Zimmerlin kann es künftig nicht mehr helfen: Industriestaat, sondern Agrarstaat und Industriestaat. Bülow ist also nur mehr als brauchbarer Vater nicht auf dem Erbgutsgut der Agrarier anerkannt worden.

Was das Ernte- und Siegesfest im Circus Busch kostet, das werden die Arbeiter erfahren, sobald die neuen Handelsverträge die Lebensmittel auf unerträgliche Weise verteuern und die Großindustrie die Nachteile, die ihr diese Verträge zugesetzt haben, durch Lohnabdrückung auf die Arbeiterschaft abzuwälzen versucht.

## Soziales und Parteilichen.

**Eia 2½-jähriger Streikführer.** Die folgende kleine bezeichnende Episode wird aus dem Ruhrrevier berichtet: In Hückarde hat ein kleiner Polen knüble in offenbar Spass an dem blinkenden Helm eines Schuhmannes und, wie 2½-jährige nur einmal sind, rief es laut: Onkel! Onkel! Vielleicht wäre deshalb weiter kein Unglück geschehen, aber der kleine Polen verstand noch kein Deutsch, er sagte deshalb Onkel auf Polnisch und das Klingt ähnlich wie: Psu!!! Wie von der Tarantel gestochen, fuhr der Schuhmann herum und stürzte ins Haus, um den Einbrecher, der ohne Zweifel ein Streikender sein mußte, zu verhaften. Da der kleine Kerl doch nicht gut abgeführt werden konnte, ließ der Beamte sich schließlich überzeugen, daß der Rufzug gar nicht böß gemeint sei. Von einem Streikanten wird er also vermutlich absiehen.

**Die Beilegung des Kampfes in der Berliner Gelbmetallindustrie** steht noch fast fünfmonatiger Dauer der Aussperzung bevor. Bei beiden Parteien, Arbeitgebern sowohl wie Arbeitnehmern, macht sich nachgerade ein verstärktes Friedensbeürkstigte geltend, wenn auch keine der beiden Gruppen in Anbetracht der Stärke ihrer Organisation als der nachgebende bezw. unterlegene betrachtet werden will. Aus diesen Umständen heraus erklärt es sich auch, daß die Einleitung der Verhandlungen nicht von Organisations zu Organisation, sondern zwischen Fabrikanten und Streikenden unter offizieller Auskaltung der Organisation gedacht ist. Mit der Art der angebahnten und zu führenden Verhandlungen beschäftigte sich am Montag die regelmäßige Werkerversammlung der Streikenden und Ausgesperrten auf das eingeschendste. Es wurde bekannt gegeben, daß der Kollege Schneider mehrfach Unterredungen mit dem Chef der Firma Hirschhorn, Dr. Fürstenheim, einem Mitglied der Vertrauenskommission der Fabrikantenvereinigung, zwecks Beilegung des Streits gehabt hat. Demnach habe Dr. Fürstenheim sachliche Verhandlungen über den Tarif der Gürtler und Drüder u. s. für die ganze Branche in sichere Aussicht gestellt, falls die Arbeit zuvor in allen Betrieben wieder aufgenommen würde. In Anbetracht der Situation empfahl Schneider in einem Antrage, den Vorschlag des Herrn Dr. Fürstenheim, der sich sicher im Einverständnis mit den übrigen Fabrikanten befindet, in Erwägung zu ziehen und durch Anfrage von Werkstattkommissionen bei den einzelnen Fabrikanten festzustellen, inwieweit sie nach eventueller Wiederaufnahme der Arbeit den Forderungen der Streikenden und Ausgesperrten entgegenzukommen gebüchten. Nach lebhafter, aber sachlicher Debatte beschloß die Versammlung lästiglich mit etwa Dreiviertel-Majorität, aus den Streikenden jeder Werkstatt eine Kommission zu wählen, die bei den einzelnen Fabrikanten vorstellig wird und sie zu vergewissern hat, ob die Fabrikanten nach eventueller Wiederaufnahme der Arbeit Verhandlungen über die Tarifforderungen der Streikenden zusichern wollen. Grundbedingung soll jedoch sein, daß die Fabrikanten auf die Unterzeichnung des bekannten Vertrages verzichten und die neuständige Arbeitzeit einführen, wo sie noch nicht besteht. Betont wurde ausdrücklich, daß niemand die Arbeit wieder aufnehmen würde, bevor nicht weitere Informationen erfolgt sind.

**Eine Niederlage der Schärmacher.** Die Stutt-

tauers Bart. Will abstehen von Deckung der Bürgschaft, Hohsart in Balzelsgaard, habe nur Gutes mit Euch im Sinn gehabt und sollt nicht sagen, daß ich ein harter Mann bin. Biete Euch hier vor Gericht nochmals zwanzigtausend Spezies. Diese Care Schulz in Bergen und nehme dafür den Fischantell. Macht alles in allem zwölftausend Spezies, zahlte Euch somit achttausend bar heraus.“

„Greift zu,“ sagte Gullif, der es freundlich meinte, „es ist das Beste. Wort ist Wort.“

„Wort ist Wort! Habt es alle gehört,“ rief Helgestad. „Nimm deine Feder, Paul Petersen, schreib es nieder.“

„Halt, noch einen Augenblick!“ fiel Marstrand ein.

„Und wenn ich Ihnen die Summe zahle, die ich schuldig bin. Was haben Sie weiter zu fordern?“

„Nuh,“ grüßte Helgestad, „nehme lieber Geld, wie ich es gebe. Habe nichts dagegen, wenn Ihr zahlen könnt.“

„So sollt Ihr haben, was Ihr begehrst!“ sagte Marstrand, und mit dem Schlüssel in der Hand ging er auf das Pult los. Sein Herz schlug heftig und seine Glieder zitterten. „Hilf mir, Altvater Jubinal!“ murmelte er in sich hinein und plötzlich verwandelte sich seine Angst in Freude. Wie ein Träumer, der einen großen Schatz findet, startete er in den tiefen Kästen auf eine Reihe ziemlich großer Säcke, die dort dicht nebeneinander standen. Sie waren von Kettlerleder gefertigt, schienen ganz neu zu sein und waren oben mit einer Sehne zugebunden. Auf jedem Sack stand die Zahl tausend deutlich geschrieben.

Ob es Wahrheit, Wirklichkeit war, ob Trug und Blendwerk, wußte er im ersten Augenblitze kaum. Alle Zweifel und alle Hoffnungen, Glück und Furcht rangen in ihm. Er packte den nächsten Sack und krampfte seine Hand daran fest, als könnte er verschwinden; dann zog er ihn heraus und rief ihn auf den Tisch, daß das Silber klapp. Wie er den Ton hörte, bebten seine Nerven, und als er Helgestad und den Schreiber sah, füllte sich sein Herz mit unabsehblicher Wonne, denn diese beiden schlauen Männer standen

garter Stadtverwaltung hat es abgelehnt, dem Ergebnis des dortigen Baugewerbe-Vereins zu entsprechen, im Hinblick auf den in den nächsten Monaten zu erwartenden Bauarbeiterstreik in die städtischen Bauverträge die Streikflankenaufzunehmen, da die Gemeinde darf, um so mehr, als der Gemeinderat es früher abgelehnt habe, zugunsten der Arbeiter Vorschlägen an die Unternehmer über Lohnhöhe und Arbeitszeit in die Verträge einzuschließen.

**Die schlesische Bergarbeiterbewegung** ist im Abnehmen begriffen.

**Der Verband deutscher Bäcker** hat an 12 Organisationen der Bäckereiarbeiter im Auslande Einschüsse zu einem internationalen Kongreß ergehen lassen. Dieser Kongreß soll am 7. und 8. April in Hamburg abgehalten werden, wenn sich mindestens acht fremde Organisationen daran beteiligen wollen. Gegenstand der Beratung wird unter anderem sein: der Ausbau der Schutzegebe für die Bäckereiarbeiter und die Schaffung von Unterstützungssätzen.

**Umtrechter und Gewerkschaften.** Die „Berl. B.Z.“ berichtet: Ein originales Frage- und Antwortspiel gab es läufig vor dem Schöffengericht in Hultschin in Überseeien. Ein Maurer Nowak war angeklagt, eine Versammlung unter freiem Himmel abgehalten zu haben, ohne die polizeiliche Erlaubnis zu besitzen. Der Umtrechter fragte u. a.: „Sie gehören einem sozialistischen Verbund an?“ Nowak: „Ich gehöre dem Centralverband der Maurer Deutschlands an.“ Umtrechter: „Kennen Sie auch einen christlichen Gewerbeverbund?“ Nowak: „Ja.“ Umtrechter: „Warum gehören Sie nicht dem christlichen Verbund an?“ Darauf setzte Nowak die Ziele der beiden Verbände kurz auseinander, was aber dem Umtrechter nicht gefiel. Er bemerkte erregt: „Sie müssen doch zugeben, daß ich davon auch was verleihe, denn sonst könnte ich nicht hier sitzen. Haben Sie Liebe zu Patriot und Vaterland?“ Nowak: „Zu meinem Vaterland befiehlt ich Liebe.“ Obwohl nicht bewiesen wurde, daß Nowak die angebliche Versammlung einberufen hatte, wurde er zu dreizeig Mark Geldstrafe verurteilt. Es handelt sich offenbar um eine gewöhnliche Unterhaltung vom Verbandsgenossen, die zur Versammlung gestempelt wurde, um wieder einmal den preußischen Staat zu retten.

Also doch! Die drei Brüder Gretzky in Frankreich, die noch im Gefängnis saßen, sind nun auch begnadigt. In aller Erinnerung ist wohl noch die Streifaßäre von Ciusas: Die vier Brüder Gretzky hatten die Unverschämtheit, in einem Haufen friedlicher Streikender Arbeiter hinzuschließen. Es erfolgte die Bestrafung der vier Brüder mit Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr. Einer der vier wurde bereits zu einem Jahr begnadigt, und nun sind auch die anderen drei lange Zeit vor Ablösung ihrer wohl verdienten Strafe entlassen worden. Der Präsident von Frankreich scheint die Begnadigungs-Lexik, die so seine Unterschiede zwischen Bourgeois und Arbeitern zu machen verfügt, bei europäischen Potentaten erlernt zu haben.

**Eine Agitationstor durch die deutschen Städte,** in denen größere polnische Kolonien und polnisch-sozialdemokratische Organisationen vorhanden sind, unternahm in diesen Tagen Genosse Morawski aus Katowitz, der bekanntlich erst vor kurzem eine fast dreijährige Gefängnisstrafe verbürgt hat. Er sprach in Berlin, Hamburg, Wilhelmsburg a. S. und Bremen. Infolge des Bergarbeiterstreiks wurde von den geplanten Versammlungen im Rheinlande abgesegnet. Nach Referaten des Genossen Morawski über: „Revolution und Sozialismus“, nahmen die sämlich gutbesuchten Versammlungen Resolutionen an, in denen dem kämpfenden russischen und polnischen Proletariat Verbündung und glänzende Sympathien ausgesprochen wurden.

**Bei den Gemeinderatswahlen in Straßburg** wurden zwei Parteigenossen im ersten Wahlgang

sprachlos und mit älteren Augen vor ihm und staunten das Wunder an.

„Nehmen Sie Ihr Geld, Herr Helgestad,“ sagte Marstrand, so gesagt er es vermeinte, „hier ist es. Ach Bentel, jeden zu tausend Spezies, wohlgezählt. Lovmann Gullif, seien Sie Zeuge dafür, daß ich diese Schuldcheine einlöse und frei von jeder Verpflichtung bin.“

„Gib ein Messer her!“ murmelte Niels, an der Schnur zerrrend.

Marstrand schnitt den Knoten durch, der Bentel tat sich auf, die hellen Silbertaler lagen da, so blank gepult, als läsmen sie aus der Münze.

Helgestad griff mit der Hand hinein und ließ sie wieder fallen. „Ist richtig,“ sagte er, „ist reines Silber, muß es glänzen.“

„In Bentel von seinem Rentierfell,“ fügte Petersen, die Säcke betrachtend, hinzu. „Die beste Lappenarbeit, die man sehen kann. Prinzessin Elsa kann das nicht zierlicher nähern.“

„Habt's, woher Ihr's habt,“ sagte der Kaufmann, „ist meine Sache nicht, danach zu fragen. Bählt auf und kehrt die Scheine hin.“

Die Arbeit wurde getan und alles richtig befunden. Helgestad rührte Bentel nach Bentel gierig ein, niemand sagte ein Wort mehr. Es war, als möchte sich jeder seine eigenen Gedanken und diese Gedanken lämen sich in der Gewissheit entgegen, die Petersen bereits boshaft angekündigt hatte.

Die mürrischen, kalten Gesichter der Umstehenden rückten sich dann und wann mit verdoppeltem Misstrauen auf den jungen Gaardherrn, und als dieser mit Bällen fertig war, die Schuldcheine in kleine Stücke zis und sich dem gutherzigen Gerichtsvogt näherte, nahm dieser aber seine dargebotene Hand nicht an, sondern tat vielmehr, als sähe er sie nicht.

„Ich will Ihnen meinen Dank für Ihren Aufwand aus-

gewählt, 6 weitere stehen in aussichtsreicher Stichwahl. Die sozialdemokratischen Stimmen haben bedeutend zugenommen.

Aus Nah und Fern.

Die Königsberger Staatsanwaltschaft nach dem Russenprozeß. Vor der Königsberger Strafkammer hatten sich vorige Woche die Staatsleute Kopf und Schwarz, beides österreichische Staatsangehörige, wegen Betruges und unlaunteren Wettbewerbs zu verantworten. Nach mehrjähriger Verhandlung beantragte der Staatsanwalt für Kopf wegen 3 Fällen des vollendeten und einen Fall des versuchten Betrugs 2 Jahre Gefängnis, 5000 Mark Geldstrafe und 4 Jahre Ehrverlust. Gegen Schwarz für 6 Fälle des vollendeten und 5 Fälle versuchten Betruges ebenfalls 2 Jahre Gefängnis, 1000 Mark Geldstrafe und 4 Jahre Ehrverlust. Gegen Kopf außerdem noch wegen unlauteren Wettbewerbs 1000 Mt. Geldstrafe. Montag, den 6. d. Mts. sollte vom Gericht das Urteil gefällt werden. Als die Verhandlung aber eröffnet wurde, waren die Angeklagten, die nicht wie die rassischen Hochverräte seinerzeit wegen Fluchtverdacht in Haft genommen waren, nicht erschienen. Die Verhandlung wurde daher verzögert. Die Herren hasten es vorgezogen, anstatt das Urteil abzuwarten, das Weite zu suchen. Am Donnerstag wurde dann in Abwesenheit der beiden Angeklagten das Urteil gefällt. Es lautete für Kopf auf 10 Monate Gefängnis, 3000 Mt. Geldstrafe und zwei Jahre Ehrverlust. Schwarz erhält 10 Monate Gefängnis, 900 Mark Geldstrafe und zwei Jahre Ehrverlust. Wahrscheinlich sind die Herren ins Ausland geflüchtet. Bei der Exil sollen sie auch vergeissen haben, ihre Hotelrechnungen zu bezahlen. Wie eilig wurden doch von der Königsberger Staatsanwaltschaft unsere Genossen im Russenprozeß dem Guten zuliebe in Untersuchungshaft gestellt. Wie eilig wurde gegen unseren Genossen Braun der Strafbrief erlassen, als er schwer frontal eine Hellenfahrt aussuchte, anstatt sich ins Gefängnis sperren zu lassen. Und wie schnell wurde Genosse Braun dann am 2. Juli v. J. wieder verhaftet, als er von Königsberg nach Cranz zu seiner Familie gefahren war, trotzdem der Haftbefehl aufgehoben war, nachdem er eine nachhafte Rantion gestellt hatte. Damals lag in allen Fällen Fluchtgefahr und Fluchtverdacht vor, weil die Genossen sich gegen das gesiegte Russland und dessen Gatten versündigt haben sollten. Diese beiden Karaktere waren, wie das Gericht entschieden hat, nur einstige Besitzer. Da erlahmte der Eisener der Königsberger Staatsanwaltschaft.

**Polierte Stahladern und revidierte Badzähne.**  
Auf Dauernovember wird getrieben: Bei der 8. Compagnie des 79. Infanterie Regiments in Hildesheim fand im Jahre 1902/03 eine ganze Reihe Soldatenmisshandlungen vorgerückt, die erst gemeldet worden sind, als die Misshandelten entlohten waren. Die Reaktion selbst erfordert nicht eines öffentlichen Interesses. Als nämlich der Russe Major Graf ganz unverhofft ein schärfstes Führungsgericht erhielt, ging er zu seinem Hauptmann und beschwerte sich bei diesem darüber, wodurch er die Beurteilung fallen ließ, daß er wohl bestehend ein so schlechtes Zeugnis erhalten habe, weil er sich nicht, wie die anderen, alles von dem Unterrichtsrat habe gefallen lassen. Der Hauptmann verlangte Beweise und beschwerte aus dieser Bewertung eine Achtungswidrigkeit, weshalb er einen Sachbericht einreichte. Der Bericht hatte die kriegsgerichtliche Untersuchung zur Folge, deren Ergebnis war, daß der Offiziersknecht August Gott wegen Misshandlung, Bestrafung und vorsätzlich wideriger Behandlung Kriegerhonorar in 19 Fällen zu jedem Monat gellendem Kriegsgehalt bereitstellt wurde. Seine Spezialität war „Kinnablauben polieren“ und „Badenzähne revidieren“. Der zweite Angeklagte war der Sergeant Stümpel, der vor 8 Tagen abgetanzt ist. Dieser war Kommanisträffigkeit und hatte Stümpel auszugeben. Wenn das Käppchen zu lange dastarte, räumte er einen jüngeren Kollegen und bestreite bewußt den in geführter Stellung nachfahrenden Soldaten mehrere recht trüftige Schläge. Die Soldaten gingen mit Blitzen und Zügen in die Formier, oft ließen sie weg, ließen die Stiefel stehen und schafften sich gegen Schläge an, um den Erfordernissen zu entziehen. Stümpel erhielt für fünf ihm aufgezwangene Fälle 14 Tage Kriegsgehalt. Am Freitag nach Fette füllt als Leutnant der Sergeant August Dörfer vor bewillbaren Gericht, dem Kriegsgericht der 20. Division in Prenzlau, zu verantworten. Der Angeklagte hat den Major Grafen Stümpel während seiner Dienstzeit mit Dringlichkeit traktiert. Dass er ihm beim Griff nach dem Gewehr so ungenosser — „gerichtet“ liegt der Angeklagte —, daß eine Kugel an seinem Kopf vorbeigegangen sei.

Schlüsselbeines entstand und der Rekrut deshalb als dienstunfähig entlassen werden mußte. Winkel meldete sich wegen dieses Gewehr „zurückhens“ krank. Als der Sergeant ihm hierbei auf dem Flur traf, gab er ihm „links und rechts“ welche an den Kopf“ und verlangte, er solle die Krankmeldung wieder zurücknehmen. Winkel ging auch wieder zum Feldwebel und erklärte diesem, er wolle Dienst tun. Der Feldwebel ließ das nicht zu; ehe Winkel untersucht war und als er dies dem Sergeanten melbete, bekam er dieselbe Tracht wie vorher verabreicht, so daß er einen halben Tag lang heftige Kopfschmerzen hatte. Ein andermal konnte Winkel wegen eines Fehlers an der Hand beim Turnen am Querbaum mit Untergriff keine Klimmzüge machen. Der Angeklagte befahl ihm darauf, sich auf den Bauch hinzulegen und nun trat ihm der Soldatenbildner mit dem Kommissarinfizier zwischen die Schulterblätter, daß der Rekrut mit dem Rücken auf die Erde stieß und sich in die Lippen biß. Einem andern Soldaten, dem Rekruten Straferjahn, befahl er, als die andern gesetzten, sehr oft, sich hinzulegen, weshalb in der Kompanie das geflügelte Wort entstand: „Bataillon halt! — Straferjahn hinzulegen“. Dieses Hinlegen soll nach Aussage des Angeklagten eine schwere Übung sein und weil Straferjahn ein schwacher Soldat war, wollte er nur immer sehen, ob er die Übung auch noch könnte. Daß er den Rekruten damit schikanieren wollte, stellte er in Abrede, und auch sein Verteidiger meinte, daß auf diese Übung sehr viel Wert gelegt werde. Durch die Zeugen wurden alle Fälle, die der Angeklagte sämtlich ableugnete, klar bewiesen. Der Sergeant sagte zu den Misshandelten: „Geschworenen könnet Ihr Euern, dann bin ich verloren, Ihr aber auch!“ Infolge dieser Bemerkungen haben auch die Zeugen keine Anzeige erstattet. Der Vertreter der Anklage beantragte, dem Angeklagten der Misshandlung in 15 Fällen schuldig zuzusprechen. Für die Misshandlung mit dem Gewehr beantragte er 1 Woche und für den Fall beim Turnen 7 Wochen Gefängnis, dann weiter zehnmal 8 Tage, einmal 2 und zweimal 3 Wochen Mittelarrest. Diese Einzelstrafen — zusammen 6 Monate 2 Tage Freiheitsentziehung — beantragte er in eine Gesamtstrafe von 2 Monaten Gefängnis zusammenzuziehen! Das Kriegsgericht sprach ihn von der Gewehrmisshandlung und der des Straferjahn frei, im übrigen verurteilte es ihn wegen Misshandlung in 13 Fällen zehnmal zu 8 und dreimal zu 10 Tagen Mittelarrest, und zog diese 110 Tage in 3 Wochen Mittelarrest zusammen, das ist 20 Proz. der Gesamtstrafe. Man nahm minder schwere Fälle an und berücksichtigte freisprachend, daß es schon so lange her ist, als der Angeklagte sie begangen, und weil er die Chinaexpedition mit gemacht!

Als geistigzurechnungsfähig ist dem „Berliner Tageblatt“ zufolge der Dresdener Statistikkonsistor Adermann befunden worden, der sich bekanntlich Vergehen gegen den § 175 des Strafgesetzbuches hat zu stufen lassen. Die Verhandlung gegen Adermann und sein Berliner Spieß wird in Kürze stattfinden.

Trotz Deppen wieder ein militärisches Buchthausurteil! Die Russketerei Heß vom 29. und Waller vom 161. Infanterieregiment waren am 29. Dezember vorigen Jahres vom Kriegsgesetz wegen militärischen Aufsucht, Widerstandsführers, Bedrohung und Schornsteinverweigerung zu 5 Jahren 4 Monaten und 5 Jahren 1 Monat Bußfahrt verurteilt worden. Beide hatten sich bei einer Bierreise total betrunken, waren auch nicht nach Abschluß des Urlaubs in die Reihen zurückgekehrt, sondern lösten sich auf dem Trierer Bahnhof fahrtlos nach Coxy, um hier das lustige Leben fortzuführen. Dort stellte sie nun der Sergeant Schönfeld zur Stelle und fragte nach ihren Urlaubsfahrten. Die Bierkettener verweigerten die Antwort und gingen ergriffenweise gegen den Borgelehen vor, indem sie ihm einen Stoß vor die Brust versetzten. Sie wurden jedoch nach heftigem Widerstand überwältigt, verhaftet und verurteilt. Bei der Urteilsfindung kam der Aufstiehpunktparagraph zur Anwendung. Bei der Bußfahrtserledigung vor dem Obertribunalgericht in Trier befragte der Verteidiger die Ausführung des Urteils, sowohl Reiterei in Betracht formte. Nach dem Erfahrungsgang des Düssauer Aufschlußberichtes sei der ganze Aufstiehpunktparagraph verbotlich und ungültig. Das Kriegsmilitärgefaß verfehlt unter militärischen Zeichen nur die jüngste Handlung, bei welcher der eine Teil vor Beginn der Tätschelten von dem anderen gewusst weiß, daß er eines Schusses mit ihm ist und sich im bewußten Zusammenwirken mit ihm befindet. Das kann wohl bei den beiden betrunkenen Soldaten absolut nicht angenommen werden. Es handle sich hier also nicht um Reiterei, sondern lediglich um Widerstandsführung und ein-

Das Öl zu mischen und zu breiten, Röfle zu bereiten  
und den Rück zu binden.

Und während er alle diese Vorbereitungen traf, Gerät  
Janke noch gründlicher, so lange wie möglich sich von seinem  
Sohn entfernt hält, deren Gesellschaft er nicht zu suchen  
wollte, verachtet diese ihre geistigen Untersuchungen über den  
eigentlichen Gang und Siedeln ihu zu erklären.

Die beiden Begleiter des Leutnants pflegten sich vor dem Hause im Sonnenlicht, die anderen drei aber blieben nach den Säck in der Stuga sitzen und hatten mancherlei zu erzählen.

Der Baron warf ihm einen mächtigen Seitenblick zu. „Sie sind mir nie mein Fehler schreien.“ „Warum sollte es Ihnen mein Recht im Auge gehabt allezeit, daß hier kein Mensch bei dem Schreiben, wollte behalten, was mein ist, weiter schreibt?“ „Hab nicht es behalten.“ fragte der Baroninchen.

Was mit jedem Ende ist der Segen gespalten? Siehe auf Gott Gottlob. Gottes mit steht hier, keine hundert Sätze im ganzen Buche, wo wagt es gewiss, und ich selber in dem Reiche Gott des Heiligen Geistes gefüllter Gedanke ist es zu hören! Sie ist der Mann, der sie ihm borgte! Was nicht ist in Sache des geistlichen Erbguts verloren? Ein

Bringen Sie Blätter mit so statt. Ein Blatt mit präzisen Bildern würde Sie über einen besseren Wissensstand auf dem Gebiete der Natur vorsetzen, um es auszuhören.

fachen fällischen Angriff. Das Oberkriegsgericht stellte sich jedoch auf den Standpunkt der ersten Instanz und bestätigte das erste drakonische Urteil! — Gießleicht räfft sich der Reichstag einmal auf und hält gründliche Abrechnung mit dieser Art Militärjustiz.

### **Quittung.**

Im Monat Januar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteidesträge ein:

Alt-Berthau, Beitrag v. sozialdemokr. Verein 30,—.  
Aachen, D. B. 10,—. Berlin, Beiträge der Wahlkreise:  
2. Kreis 1300,—. 4 Kreis Ost 2000,—. 4 Kreis Südost  
2000,—. 6. Kreis 5000,—. Berlin, diverse Beiträge 448,—.  
Bernburg, v. 2. anhalt. Wahlkreis 25,—. Breslau, sozial-  
dem. Verein 200,—. Bremen, B. C. 10,—. Bern 50,—.  
Beuthen (Oberschlesien), v. Parteigenossen 2,50. Cassel-  
Nellsungen, Wahlkr., sozialdem. Verein 50,—. Charlotten-  
burg, N.—r. 2,—. Cöln a. Rh., v. sozialdemokr. Verein f.  
d. Reichstags-Wahlkr. Cöln-Stadt u. C. Land 150,—. Cre-  
feld, sozialdemokr. Volksverein 100,—. Eickelangen, v. Wahl-  
verein 4. Quartal 64 10,—. Ebersbach b. Löbau, 2. sächs.  
Reichstags-Wahlkr. 50,—. Elbersfeld, Wahlkr. Elbersfeld-  
Barmen 1000,—. Erfurt, Wahlkr. Erf.-Schl.-Ziegeler. 25,—.  
Fallenberg (Oberschlesien) 2,—. Friedrichsvoog, A. S. 10,—.  
Fürth, Wahlverein 20,—. Gotha, durch den Vertrauens-  
mann 30,—. Gorczen 20,—. Hanau Welschhausen-Dör.  
Wahlkreis 100,—. Hessen (Großherzogtum), Landesorganisa-  
tion 500,—. Hamburg, Beitrag der Maimarken 1904. Verein  
der Kutscher vom öffentlichen Fahrbwesen 73,—. Hamburg,  
in der Expedition des „Hamb. Echo“ im Monat Januar  
etwa gegangenen 134 75. Königsberg i. Pr., erstes Quartal  
1905 100,—. Kattowitz (Oberschl.), vom sozialdem. Verein  
5,—. London, C. B. 26,—. Landesh.-Fauer i. Schl.,  
Wahlverein 20,—. Luckenwalde, Rufus 5,—. Luckenwalde,  
vom sozialdemokr. Wahlverein 50,—. Mannheim, sozialdem.  
Verein 200,—. München, Gau Südbayern 4 Quartal 1904  
143,12. Magdeburg, vom sozialdemokr. Verein 300,—.  
München, Waldläufer 5,—. Nürnberg, Beitrag für 1905  
von B. R. 4,—. Nürnberg, sozialdemokr. Verein Nürnberg-  
Altendorf, 2. Halbjahr 1904 898 27. Nürnberg, G. Eisinger,  
5,—. R. Hermann 3,—. Niesern, Arbeiter-Wahlverein  
5,—. Oberstein an der Nahe, Wahlverein, 4. Quartal  
1904 10 57. Potschappel, 6. sächsischen Reichstags-  
Wahlkreis 1500,—. Peterswalde i. Schl., vom Wahlverein  
durch A. Kühn, Oberlangenbielau 16,—. Pölln, vom Wahl-  
verein, 3. und 4. Quart. 1904 10,—. Rawitsch-Gostin, vom  
Wahlverein, 3. und 4. Quartal 1904 6,—. Rawitsch,  
amerikanische Auktion bez. Weihnachtsbaumes 6 05. Ross-  
dorf, allgemeiner Arbeiterverein, 4. Quartal 1904 25,—.  
Röthenbach i. Schl., vom Wahlverein durch A. Kühn, Ober-  
Langenbielau 20,—. Rixdorf, Parteikasse der Arbeiter von  
Pardemann 25,—. Stuttgart, G. U. 10,—. Schweinfurt,  
sozialdemokr. Verein 10,—. Strasburg i. E., Altötter 5,—.  
Schwäb. Ringgroschen 250,—. Solingen, durch das Kreis-  
komitee 60,—. Schwelm, sozialdemokr. Verein 70,—. Sulz,  
(Oberschl.) Rückzhl. 20,—. Striegau, durch B. 97,75.  
97,75. Tanneermünde, D. B. 4,90. Triberg, Arbeiter-  
Wahlverein 3. und 4. Quartal 1904, 10 —. Telow-Breeskow-  
Charlottenburg, sozialdemokr. Central Wahlverein, Nov. und  
Dezember 200,—. Januar 250,—. So. 450,—. „For-  
wärts“, Ueberlebisch vom 4. Quartal 1904 21 859,85. „Wahrer  
Fahrt“, 4 Quartal 1904 5000,—. Waldenburg i. Schl.,  
sozialdemokr. Arbeiterverein des Kreises Waldenburg 100,—.  
Württemberg 300,—. Zeitz, Wahlkreis Zeitz Wilsenfeld-  
Raumburg 200,—. Zabrze (Oberschlesien), von den Partei-  
genossen 10,—.

Berlin, den 10. Februar 1905.

Für den Parteivorstand:  
A. Gerjoh, Lindenstraße 69.

**Gebedes-Märktepreise vom 15. Februar.**

Bauern-Butter Pfld. 1,15 Mt., Meierei-Butter Pfld. 1,30 Mt.  
 Hasen Std. — Mt., Enten Std. 3,50 Mt., Hühner Std.  
 2.— Mt., Küken Std. 2.— Mt., Tauben Std. 0,60 Mt.,  
 Gänse Pfld. — Mt., Wildgans 3,50 Mt., Schweinefett  
 Pfld. 0,45 Mt., Schinken Pfld. 0,80 Mt., Wurst Pfld. 1,20 Mt.,  
 Eier 8 Std. 60 Pfg., Räucherpfen Pfld. 1,00 Pfg., Get. Lachs  
 Pfld. 1—2,40 Mt., Marauschen Pfld. 80 Pfg., Hering Pfld.  
 70 Pfg., Barbeke Pfld. 60 Pfg., Kalb Pfld. 0,95 Mt., Kepfle,  
 beste Gravensteiner 100 Pfld. — Mt., Ronnen 100 Pfld.  
 — Mt., andere Sorten 100 Pfld. 4—10 Mt., Blaumen  
 100 Pfld. — Mt., Kohl 100 Pfld. 9,00 Mt., Gurken 1 Pfld.  
 — Pfg. Zwiebeln 100 Pfld. bis 8,50 Mt., Kartoffeln, beste  
 franz. 200 Pfld. 9,00 Mt., per 10 Liter 70 Pfg., magnum  
 bonum 200 Pfld. 6,00 Mt., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg.

finnigen Entwürfen zu vergeuden. In der Nähe ist auch niemand, dem man es zutrauen könnte. Ich weiß nur einen, der es kann und der es aus Höhn und Feindschaft täte; der böses aushebt, wo es zu haben ist, der aber wahrlich nichts umsonst gibt, es sei denn, daß er gute Dienste davon erwartet.“

Gallif nickte dazu, fragte aber doch vor sich hin, wen er damit meinte.

„Si“, legte der Schreiber, „Ihr wisst es so gut wie ich. Wer kann es anders sein als Ascaja. Dieser dänische Janier und der Priester Hornemann sind schon lange im heimlichem Bündnis mit dem alten Hauptmeister, der verbrannt werden mügte zum abschreckenden Beispiel. Es ist allerlei Schmach und Verrat dabei, glaubt es sicher. Der Priester macht seit Jahren Berichte an die Regierung zu grussten der Däppen. Jeden kleinen Vorfall schlägt er an die große Glocke; Schelbtiese und Drohbtiese gegen Bögte, Sorenstrider und Lovmändter kommen von Kopenhagen und Tønderhem, erst vor wenigen Tagen ist wieder ein Schreiben vom General Münte angelangt, voll allerlei wütsem Wörter über Härte, Unrecht und Gewalt und mit Bemerk., daß der alte Haudegen selbst kommen oder einen Kommissarius schicken werde, der Ordnung stiftet sollte.“

„Der Böhmian soll gleichgültig dabei aus. „Der Herr mag reden, was er will“, sagte er, „aber der Schleifer ist ein Lümmel, und wenn es wahr wäre, daß dieser Däne heimlich Blünbüchis mit den Lappen hätte, uns zu verhehlen, wünsche man ihn fortzubauen.“

„Ruh!“ sprach Helgestad, „hat uns Zeichen genug gegeben, wie er denkt. Wird ein Däne nimmer ein Normann;phantasiert ärger noch wie der Priester über Rechte und Sache.“ (Fortsetzung folgt.)